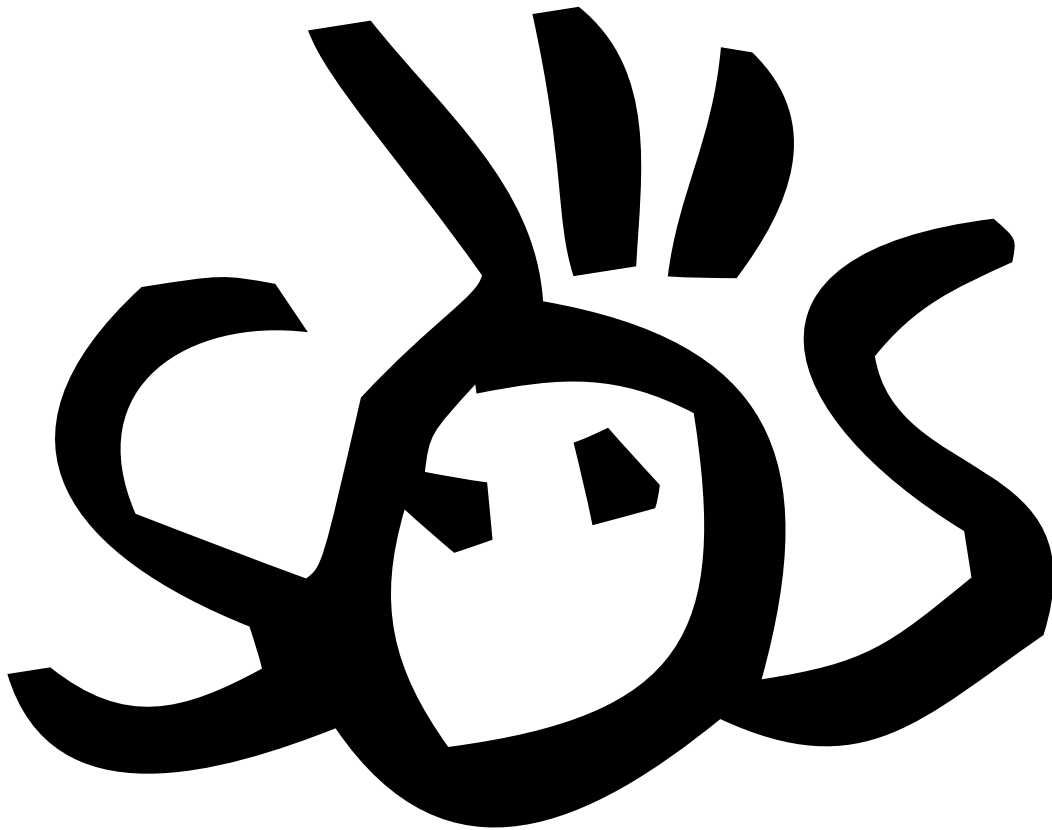


Stuttgart Ökologisch Sozial

Bündnis für Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, mehr direkte Demokratie und soziale Gerechtigkeit



Liste 12

Zur Kommunalwahl 2004

Stand: 27.05.04



Inhaltsverzeichnis

	Seite:
Vorwort	3
Zukunftsbeständigkeit	4
1. Nachhaltigkeit	4
1.1. Naturverbrauch und Energie	4
1.2. Friedenspolitik	5
1.3. Arbeiten und Wirtschaften	6
1.4. Stadtentwicklung und Wohnen	8
1.5. Stadtverträgliche Mobilität	9
2. Mehr direkte Demokratie	10
2.1. Gläserners Rathaus, Bürgerbeteiligung	10
3. Soziale Gerechtigkeit	12
3.1. Gesundheitsversorgung	13
3.2. Drogenpolitik	14
3.3. Asyl- und Ausländerrecht	14
3.4. Lernen und Bildung	15
3.5. Kultur	15
4. Frauen	16
5. Jugend	18
6. Stuttgart 21	19
7. Finanzierung	20
8. Wer wir sind	20



- Vorwort -

S-Ö-S Stuttgart Ökologisch Sozial

Bündnis für Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, soziale Gerechtigkeit und Demokratie

Politik nicht allein den Parteien überlassen!

Wir, das Personenbündnis „S-Ö-S“, haben uns zusammengefunden, um gemeinsam zur Kommunalwahl 2004 in Stuttgart anzutreten.

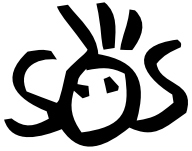
Wir wollen den alles versprechenden und nichts sagenden Programmen der etablierten Parteien nicht einfach Protest entgegensetzen, sondern eine Vision. Eine Vision, die Kraft hat und Mut macht, die Richtung zukünftig notwendiger gesellschaftlicher Entwicklungen zu diskutieren und so einen grundsätzlichen Politikwechsel für Stuttgart vorzuschlagen. Eine Vision mit Perspektiven hin zur einer lebendigen Politik, mit zurückgewonnener demokratischer Gestaltungshoheit der Menschen und einer überparteilichen Zusammenarbeit und das alles unter dem Ziel einer nachhaltigen, sozialen und gerechten Gesellschaft.

Kommunen sind für diesen Politikwechsel ein wichtiger Ausgangspunkt. Kommunen sind die Orte, an denen sich Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur verflechten. Hier konzentrieren sich Wohnen, Arbeiten, Versorgung mit Gütern und Erholung. Hier wohnen und leben die Menschen. Hier kann und muss die Infrastruktur für eine Gesellschaft geschaffen werden, die in den gesellschaftlichen Fortschritt und das menschliche Miteinander investiert statt nur in Wirtschaftswachstum.

Die hier formulierten Interessen und Anliegen sind im jetzigen Gemeinderat zu wenig vertreten. Deshalb treten wir gemeinsam zur Kommunalwahl 2004 an.

Wir leben in Stuttgart und wollen nicht zuschauen, wie unsinnige, ja schädliche Großprojekte wie der Nordoststring, Stuttgart 21 und die Fildermesse gegen den Willen eines großen Teils der Bevölkerung durchgesetzt werden. Politische Entscheidungen werden immer häufiger unter Ausschluss der EinwohnerInnen getroffen. Eine ergebnisoffene Diskussion darüber wird unmöglich gemacht. Soziale Grundeinrichtungen wie Krankenhäuser, Kindergärten, Kindertagheime und Wohnungen der SWSG, ja sogar Schulen werden ausschließlich betriebswirtschaftlichen Zielen unterworfen und können somit ihrer gemeinwirtschaftlichen bzw. sozialen Aufgabenstellung nicht mehr gerecht werden. Selbst die Gestaltungshoheit über die direkt lebensnotwendigen Infrastrukturen und die öffentliche Daseinsvorsorge wie das Wasserleitungsnetz, das Stromnetz und Teile des öffentlichen Nahverkehrs wurde den Stuttgarter EinwohnerInnen, durch Verkauf und zum Teil durch Crossborder- Leasing, entzogen. Trotz oder gerade wegen dieser Situation können und müssen hier in Stuttgart im direkten Lebensumfeld der Menschen schon heute konkrete Schritte in Richtung einer zukunftsbeständigen und selbstbestimmten Gesellschaft unternommen werden.

Wir laden alle ein, auf der hier formulierten Grundlage mit uns zusammen für eine politische Alternative in Stuttgart zu sorgen. **Ein besseres Stuttgart ist möglich.**



- Zukunftsbeständigkeit -

Nach Millionen Jahren Mensch geht uns das erste Mal sprichwörtlich die Luft zum Atmen aus. Die Eingriffe des Menschen in das Ökosystem Erde haben durch die ständig fortschreitende Entwicklung der Industriegesellschaften Dimensionen erreicht, die erstmals das Leben auf diesem Planeten grundsätzlich in Frage stellen. Aber auch im sozialen Bereich setzt sich immer mehr der „freie Markt“ gegenüber den hart erkämpften sozialen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte durch. Der entfesselte Markt wird immer mehr zum Problem. Ausbeutung von Mensch und Natur sind nur zwei Seiten derselben Medaille. Beide Formen der Ausbeutung sind zu überwinden. Es wird immer deutlicher, dass dringende Kurskorrekturen Not tun. Leider gibt es dafür keine Patentrezepte. Die notwendigen Lösungsansätze müssen erst in einem demokratischen Prozess aller erarbeitet werden. Für diesen Prozess lassen sich jetzt schon Kriterien finden. Diese leiten sich aus dem Erhalt der Lernfähigkeit und einem dauerhaften menschenwürdigen Leben auf unserem Planeten ab. So wird die Politik zur ständigen Infragestellung und Optimierung des Ist-Zustandes. Sie hat das Ziel, die Vielfalt sowie die Fähigkeit und Möglichkeit selbstbestimmtes Handeln zukünftiger Generationen zu erhalten. Lernfähigkeit setzt voraus, dass Fehler korrigierbar und revidierbar bleiben. Hier kommt dem Grundsatz der Nachhaltigkeit eine besondere Rolle zu...

1. Nachhaltigkeit

Wir leben in einer endlichen Welt. Wir Menschen sind ein Teil der Natur und stehen über Geben und Nehmen in einer engen Wechselbeziehung mit ihr. Alles, was der Mensch plant und ausführt, geschieht im Rahmen der Natur. Die Fähigkeit der Natur, lebensnotwendige Rohstoffe wieder nachwachsen zu lassen, unsere Schadstoffe zu reinigen und Abfälle aufzunehmen, ermöglicht uns und zukünftigen Generationen das Überleben. Wir wollen diese Fähigkeit der Natur erhalten. Deshalb wollen wir eine Produktions- und Lebensweise, die sich innerhalb der Nutzungsgrenzen und Gleichgewichte des Naturhaushaltes bewegt. Dabei wollen wir eine möglichst hohe Geschlossenheit der natürlichen Kreisläufe erreichen. Die Bilanz der Möglichkeiten und Grenzen des Naturraums von Stuttgart und seiner Umgebung, der Naturverbrauch und das Vermeiden von unabwägbaren Risiken werden zum Maßstab jeder politischen Entscheidung. Um uns und auch unseren Enkeln ein Leben im Einklang mit der Natur zu ermöglichen, ist es notwendig, mit dem heute herrschenden Wachstumsglauben, der Beschleunigung von Menschen-, Waren- und Kapitalströmen sowie der herrschenden Logik der Konzentration zu brechen. Eine Wirtschaftspolitik, die einzig auf Gewinnmaximierung und Wachstum ausgerichtet ist und in der alles und jedeR zur Ware verkommt, lässt sich mit dem Begriff der Nachhaltigkeit nicht vereinbaren.

1.1. Naturverbrauch und Energie

Wesentlich für eine zukunftsbeständige Stadt- und Regionalentwicklung ist der verantwortungsvolle Umgang mit den natürlichen Ressourcen Boden, Wasser und Luft sowie der schnellstmögliche Übergang zur Kreislaufwirtschaft bei allen Energie- und Stoffströmen. Das bedeutet: Es darf nur soviel verbraucht werden, wie vorhanden ist bzw. "Nachwächst". Dazu ist es unabdingbar, diese Zusammenhänge in unserer Stadt und deren regionalem Umfeld zu kennen, zu bilanzieren, einzuschätzen, und -



wo notwendig - noch zu erforschen.. Alle Planungen und Dienstleistungen der Stadt sind danach auszurichten.

Klima-, Boden-, Wasser- und Luftbelastungen sind durch eine Entwicklung weg von Konzentration, Monostrukturen und Übernutzung hin zum Auf- und Ausbau kleiner, selbst regenerierungsfähiger Einheiten, Dezentralisierung und Vernetzung abzubauen, um so Ressourcen, Energie und Verkehr einzusparen. Wir sind für einen haushälterischen Umgang mit regionalen Ressourcen und den Ausbau und Erhalt der regionalen Wasserwirtschaft.

Nicht zuletzt benötigen wir aber auch eine deutliche Reduzierung von Bodenverbrauch und Abfallmengen. Statt Müllverbrennung und Müllverschickung sind für uns Müllvermeiden und Müllsparen sowie lokale Wiederverwertung oberste Priorität. Der Verbrauch von Boden muss durch Entsiegelung und Renaturierung kompensiert werden. Statt Flächenverbrauch und Bodenzerstörung fordern wir keinen neuen Flächenverbrauch, sowie Umnutzung und Flächenrecycling. Nach unserer Auffassung muss der Messeneubau auf den Fildern, Stuttgart 21, und neue Großstraßenprojekte wie die Filderauffahrt und der Nordoststring verhindert und die Streuobstwiesen Rohrer- Weg erhalten werden.

Statt eines ins Unermessliche wachsenden Boden-, Büro-, und Wohnungsmarktes fordern wir einen verantwortlichen Umgang mit sofort zu schaffenden städtischen Bodenfonds und die Herausnahme des Bodens aus dem Markt.

Statt Atomstrom, fossiler Verbrennung und riesiger Energienetze wollen wir die intensive Förderung des Ausbaus einer dezentralen, alternativen, erneuerbaren energetischen Basis. Wir fordern den sofortigen Wechsel der Stadt und der städtischen Unternehmen zu Öko-Strom-Anbieter, wie es zum Beispiel in Berlin schon geschehen ist. Städtische Gebäude müssen vorbildlich in Energie- und Wärmetechnik sein. Wir wollen ein strenges CO²- und Energie-Minderungsprogramm mit Anreizsystemen für EinwohnerInnen.

Das Recht auf Gesundheit, sauberes Wasser, Luft und Boden ist ein Menschenrecht und darf nicht verkauft werden. Deswegen lehnen wir den Verkauf von Infrastruktur der öffentlichen Daseinsvorsorge grundsätzlich ab. Wir setzen uns dafür ein, dass dort, wo schon geschehen, diese Verträge rückgängig gemacht werden. Wir unterstützen das Wasserforum bei seiner Forderung das Wasser zurück zu kaufen!

1.2. Friedenspolitik

Das soziale und solidarische Zusammenleben der Menschen ist ein wichtiger Bestandteil einer ernst gemeinten Friedenspolitik. Die Hauptkonfliktherde werden in Zukunft durch die immer knapper werdenden, nicht erneuerbaren Ressourcen wie z.B. Erdöl aber auch Wasser entstehen. Heute sichern sich 20% der Weltbevölkerung, zu der auch wir uns zählen müssen, ihren Wohlstand mit 80% der weltweiten Energie und Rohstoffe. Durch diese Lebens- und Produktionsweise besteht für die Industriestaaten ein wirtschaftliches Interesse, diese ausbeuterischen Strukturen und



Abhängigkeiten der sog. dritten Welt zu erhalten. Um diese Hauptkonflikttherde zu vermeiden, treten wir für nachhaltiges Wirtschaften ein. Wir schlagen vor damit in Stuttgart zu beginnen. Nachhaltiges Wirtschaften und nachhaltige Entwicklung bietet nicht nur eine ökologische, sondern auch eine friedliche Lösung dieser Konflikte.

Dieses nachhaltige Wirtschaften zeichnet sich aus durch:

- regionale Produktionskreisläufe,
- regionale Selbstversorgung,
- erneuerbare Energien und nachwachsende Rohstoffe sowie
- ökologisch angebaute und fairgehandelte Lebensmittel
- gerechte und faire Wirtschaftsbeziehungen

So entkoppeln wir unsere eigene Lebensweise von der Armut und Ausbeutung Anderer und von einer auf Dauer untragbaren Ressourcenverschwendung. Produkte, die aus der dritten Welt stammen, müssen sich den strengen Kriterien des fairen Handels (z.B. Konvention der Weltläden) stellen. Wir setzen uns für den Aufbau eines fairen, gerechten Welthandels auch in Stuttgart ein. Kinder und Jugendliche sollen schon frühzeitig dafür sensibilisiert und begeistert werden. Die notwendige Infrastruktur für eine wissenschaftliche Behandlung dieser Themen ist in Forschungsprojekten zu schaffen. Wir unterstützen alle Initiativen die jetzt schon Aufklärungsarbeit im Sinne eines gerechten Welthandels betreiben z.B. Weltläden, Plattsalat e.V. Als Strategie zur Konfliktvermeidung sehen wir eine Kultur des Friedens und des selbstbestimmten sozialen Miteinanders. Hierzu zählt die Gleichstellung aller Menschen - auch der ohne deutschen Pass - ebenso wie die aktive Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung durch eine Kultur der Vielfalt statt Ellenbogen und Profite um jeden Preis.

Statt einer Zentralen Planungsstelle für die zukünftigen Kriege, fordern wir die Schließung des EUCOM und den Aufbau eines Friedens- und Konfliktvermeidungs-Instituts in Stuttgart.

1.3. Arbeiten und Wirtschaften

Wie schon im Kapitel Frieden betont, zeichnet sich nachhaltiges Wirtschaften auch durch ein Vorrang regionaler Wirtschafts-, Stoff- und Energiekreisläufe aus. Heute konkurrieren die Kommunen jedoch als Wirtschaftsstandorte gegeneinander. Auf ihrer Jagd nach Investoren und Neuansiedlungen bieten sie ständig Vergünstigungen zu Lasten:

- öffentlicher Einrichtungen für die Menschen und einer kommunalen Sozialpolitik
- des kommunalen Haushalts,
- einer stadtverträglichen Flächennutzung,
- der Verkehrsentwicklung und
- notwendiger Umweltschutzmaßnahmen.

Dagegen muss eine Wirtschaftsförderung bzw. die Wirtschaftspolitik der Stadt und der Region künftig weitgehend geschlossene regionale Wirtschaftskreisläufe anstreben, um zum einen die Politik der Standortunterstützung der großen Unternehmen zu beenden und zum andern die industrielle Monostruktur der Automobil- und Zuliefererindustrie aufzubrechen. Damit wird auch der Rahmen geschaffen, um die



Funktionen der Stadt zu dezentralisieren und den Bau von Großprojekten überflüssig zu machen.

Wir wollen, dass die städtische Wirtschaftsförderung örtliche Klein-, Mittel- und selbstverwaltete Betriebe fördert, die folgende Forderungen zu erfüllen haben: Eine nachhaltige Produktionsweise, deren Handels- und Vertriebsstruktur regional orientiert ist, gesundheitsverträgliche Arbeitsbedingungen und die Wahrung der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Statt Zerstörung innerstädtischer Handwerker-, Handels- und Dienstleistungsstrukturen, durch tatenloses Zusehen wollen wir die Förderung lokaler Selbstversorgungsstrukturen, Verbrauchermärkte, Handwerkerhöfe und Selbsthilfeeinrichtungen, Selbstversorgung und selbstbestimmter Arbeit, also den Ausbau selbstbestimmten Wirtschaftens in regionaler Kreisläufe. Dazu gehört auch die Förderung dezentraler, selbstverwalteter Netzwerke erneuerbarer Energieversorgung.

Notwendige Neuansiedlungen von Betrieben sollte auf Brachflächen im Stadtgebiet erfolgen, um eine weitere Zersiedelung zu vermeiden. Emissionsarme Produktionsmittel und -verfahren erlauben die Ansiedlung auch in Wohngebietsnähe und damit das Nebeneinander von Arbeiten und Wohnen. Die wohnungsnaher Versorgung der Stadtteilzentren mit öffentlichen Einrichtungen, Lebensmitteln, Konsumgütern, Handwerk, Kultur- und Dienstleistungen ist anzustreben um eine Stadt der kurzen Weg zu entwickeln.

Die Stadt Stuttgart vergibt künftig Großaufträge nicht mehr an Generalunternehmer. Vielmehr schreibt sie die einzelnen Gewerke aus und führt selbst die Bauaufsicht, so dass sich örtliche Handwerker und Kleinbetriebe erfolgreich bewerben können.

Wir unterstützen die Kampagne von verdi "öffentlich ist wesentlich" und wenden uns gegen die Privatisierung kommunalen Eigentums bzw. kommunaler Betriebe. Die Privatisierung wird von den Parteien als "Wundermittel" zur Haushaltskonsolidierung betrachtet, das lehnen wir strikt ab. Für die Beschäftigten bedeutet Privatisierung schlechtere Arbeitsbedingungen, für die EinwohnerInnen schlechtere Angebote. Vor allem aber verliert die Stadt ihre Kontroll- und Lenkungsmöglichkeit über die für die Kommune und ihre EinwohnerInnen lebenswichtigen Einrichtungen. Privatisierung bedeutet somit auch ein ganzes Stück Demokratieabbau, da so wichtige Einrichtungen der öffentlichen Kontrolle entzogen wird. Wir fordern die Rücknahme des bereits privatisierten öffentlichen Eigentums.

Die geplante Messe auf den Fildern ist wegen des bundesweiten Überangebots betriebs- und volkswirtschaftlich nicht vertretbar. Sie zerstört die vorhandenen regionalen Lebens- und Wirtschaftsstrukturen, vernichtet Existenzen und wertvollen Ackerboden.

All diese Vorschläge sehen wir auch als einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, da diese Maßnahmen eine Vielzahl von qualifizierten Arbeitsplätzen schaffen würden.



1.4. Stadtentwicklung und Wohnen

Die Trennung der Funktionen Wohnen, Arbeiten und Versorgung - bedingt durch unsere Produktions- und Lebensweise - hat Städte in "unwirtlichen" Orten mit hoher Umwelt- und Verkehrsbelastung verwandelt. Die anhaltende Flucht der EinwohnerInnen in die Stadtrandgebiete und die hohen Bodenpreise haben die Situation noch verschärft.

Eine zukunftsbeständige Stadtentwicklung muss daher die Erfordernisse der Menschen und der Umwelt gleichwertig berücksichtigen, d.h. wirtschaftliche, ökologische und soziale Aspekte in Einklang bringen. Es gilt die Ausgleichsfunktion zwischen Bebautem und Unbebautem Raum zu erforschen, um sie in Zukunft besser berücksichtigen zu können. Versorgung und Entsorgung sollen vorrangig stadtteilbezogen und dann erst stadtweit und regional geplant bzw. genehmigt werden.

In der Stadtentwicklungspolitik muss Innenentwicklung vor Außenentwicklung stehen. Allerdings eine Innenentwicklung die Ressourcen schont, den Verkehr reduziert, das Zusammenleben und die Lebensqualität in der Stadt verbessert und fördert. Wir wollen keine Innenentwicklung die, wie heute in Stuttgart, profitorientierte Umnutzung vorantreibt.

Es darf keine weiteren Konzentrationen von großflächigem Einzelhandel, von Unterhaltungsindustrie oder sonstigen Großprojekten geben wie z.B. "Galeria Ventuno".

Klimaschutz hat Vorrang vor städtebaulicher Verdichtung, insbesondere im Talkessel. Industriebrachen in der Innenstadt sollten zuerst auf ihre Eignung für eine umfassende Grünraumvernetzung untersucht werden und in der weiteren Überlegung dann vorrangig für Wohnen, Klein- und Mittelbetriebe erschlossen werden.

Statt tatenlosem Zusehen beim Verdrängen der Wohnbevölkerung aus der Kernstadt durch Umnutzung, Mietpreissteigerung und Umweltbelastung wollen wir eine Reaktivierung gewachsener Strukturen der Vielfalt und Lebensqualität. Dazu bedarf es:

- Erlass von Erhaltungssatzungen,
- Verkehrsberuhigung,
- Aufwertung des Straßenraums für Fußgänger, Radfahrer und Kinder, z.B. durch Tempo-30-Zonen, Spielstraßen und Funktionsmischung in den Stadtteilen
- Stützung der sozialen und kulturellen Infrastruktur und sozial und kulturell selbstbestimmte, nicht-kommerzielle Netzwerke.

Die Stadtteile sollen sozial ausgewogen, von Menschen unterschiedlichen Alters, Berufs und sozialen Standes bewohnt werden. Hier gilt es besonders in der Innenstadt attraktive, preiswerte, familienfreundliche Wohnungen vorzusehen, um die Ghattobildung aufzuheben.



Statt der Förderung privater Wohnungs- und Eigenheimbautätigkeit über Produkte des Geld- und Bankenmarktes in Neubaugebieten, setzen wir auf Förderung von selbstverwalteten Mieter- und Genossenschaftsmodellen in sozialen Brennpunkten und in Reaktivierungsgebieten. Wir fordern auch die Wiederbelebung des städtischen sozialen Wohnungsbaus.

Schulen sollen künftig mehr sein als Stätten des Unterrichts. Schulen können in hervorragender Weise zusätzlich die Funktion von Stadtteil-Kommunikations-Zentren erfüllen, und zwar für fast alle Arten der sozialen und kulturellen Kommunikation für alle Generationen und Nationalitäten.

Ein Projekt wie Stuttgart 21 ist jedoch das Gegenteil einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Es erzeugt funktionale Monostrukturen wie Büroviertel und Einkaufsmalls, ist klimagefährdend und verkehrserzeugend. Wir unterstützen daher die Überlegungen der Initiative "Leben in Stuttgart" und des Architekturforums Baden-Württemberg als Alternative zu Stuttgart 21 den Kopfbahnhof zu modernisieren. Damit wird - ohne den enormen Zeit- und Vermarktungsdruck - eine am Bedarf orientierte Entwicklung ermöglicht und eine Menge Geld gespart.

1.5. Stadtverträgliche Mobilität

Der motorisierte Individualverkehr ist eine unerträgliche Belastung für Stuttgart geworden: Er schafft Lärm und Abgase, unter denen wir alle, insbesondere aber die Kinder leiden. Eine zukunftsfähige Stadt- und Raumentwicklung zielt nicht nur auf Verkehrsverminderung, sondern vor allem auf eine Verkehrspolitik, die primär regionale Produktions- und Austauschprozesse erhält und fördert. Denn daraus resultiert die Chance, dauerhaft Verkehr einzusparen und unnötig zu machen.

Straßen müssen öffentlicher (Verkehrs-)Raum für alle werden, also sowohl für den Öffentlichenpersonennahverkehr (ÖPNV), für die RadfahrerInnen, für die FußgängerInnen als auch für die AutofahrerInnen. Dazu benötigen wir ein Umdenken: Der Mensch hat Vorrang vor dem Auto.

Zudem muss der motorisierte Individualverkehr entschleunigt werden, z.B. durch stadtweites Tempo 30, Reduzierung von Fahrspuren und ähnlichen Maßnahmen. Wir wollen den Rückbau von Straßen und von Parkplatzangeboten in Kern- und Verdichtungsbereichen. Wir setzen uns für autofreie Gebiete in der Innenstadt ein. Gleichzeitig wird der Öffentliche Personennahverkehr ausgebaut und attraktiver gemacht. Für den Ausbau gilt es Lösungen auf Kosten bestehender Straßen und mit minimaler Beeinträchtigung der Umwelt zu verwirklichen. Die Tarifstruktur muss grundsätzlich reformiert, der Zuschuss der Stadt Stuttgart für die SSB (VVS) erhöht werden. Dadurch können die Fahrpreise billiger, speziell die Tarife für SchülerInnen, StudentInnen und Arbeitslose - und zwar ohne Sperrzeiten! - niedrig gehalten werden. Es werden Modelle für autoarme Quartiere erprobt und der Aufbau eines Gütertransportsystems für die City und die Einzelhandelskunden in Angriff genommen, das auf die Nutzung des bestehenden Straßenbahn- und S-Bahnnetzes setzt.



Wir wollen ein konsequentes Fahrverbot bei Ozonalarm ($180 \mu\text{g}/\text{m}^3$ Luft) für Lkw's und Pkw's sowie eine Einhaltung der Parkverbotszonen für Pkw's.

Wir wollen endlich eine stadtweite Radwegeplanung, die bestehende Teilstücke ausbaut und vernetzt. Hierfür muss die Stadt zusätzliche Gelder bereitstellen.

Wir wollen einen integrierten Taktverkehrsfahrplan (ITF) wie er beispielsweise in Oberschwaben und in Rheinland-Pfalz schon existiert, da die Netzwirkung des ITF die Menschen von der Straße auf die Schiene bringen kann. Der Durchgangsbahnhof von Stuttgart 21 verbaut aber endgültig die Option auf den ITF und verhindert damit die Realisierung eines attraktiven Schienenverkehrs in der Region. Aus diesem Grund ist dieser Durchgangsbahnhof nicht zukunftsbeständig.

Abschließend lässt sich zur Nachhaltigkeit sagen:

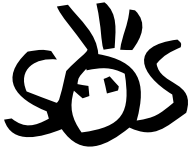
Wir wollen in allen gesellschaftlichen Bereichen ein abwägendes, erhaltendes und vorausschauendes Verhalten als Grundlage von Planung und Entwicklung durchsetzen und stetig weiter entwickeln. Hierzu bedarf es einer lernfähigen Demokratie.

2. Mehr direkte Demokratie

Nur durch eine lebendige Demokratie ist die Lernfähigkeit dieser Gesellschaft garantiert. Eine Demokratie, in der sich die Vielfalt der Menschen auf einem gleichberechtigten Niveau begegnet, in der die Menschen ihre Interessen selbst vertreten und sich von Parlamenten und Repräsentanten emanzipieren. Wir treten nicht zu dieser Wahl an, damit uns Menschen ihre Stimme geben und dann bis zur nächsten Wahl keine mehr haben. Unsere ganze Arbeit ist auf die Einbeziehung möglichst vieler betroffener und interessierter Menschen angelegt. Deshalb setzen wir uns auch für das Kommunalwahlrecht für alle EinwohnerInnen von Stuttgart ein und unterstützen die Forderung nach doppelter Staatsbürgerschaft. Weiter machen wir uns für Chancengleichheit, Meinungsfreiheit und Freiheit der Religionsausübung für alle stark. Kulturelle Vielfalt soll so verstanden werden, dass auch der öffentliche Dienst und andere städtische Angebote interkulturell ausgerichtet werden.

2.1. Gläsernes Rathaus, Bürgerbeteiligung

Eine Demokratisierung der Stuttgarter Kommunalpolitik setzt voraus, dass die EinwohnerInnen mit ihren Anliegen ernstgenommen werden und dass ihr Engagement nicht ins Leere läuft; Beteiligung der EinwohnerInnen darf sich deshalb nicht in einem folgenlosen und eingeschränkten Anhörungsrecht erschöpfen. Der von der Gemeindeordnung vorgegebene Rahmen muss in Stuttgart durch freiwillige Selbstverpflichtung der Stadt zu mehr Bürgerbeteiligung hin erweitert werden. Veranstaltungen wie beispielsweise die 1997 durchgeführte "Offene Bürgerbeteiligung" zu Stuttgart 21 dürfen nicht zu reinen Alibiveranstaltungen werden und bei vielen das Gefühl hinterlassen, "man könne ja doch nichts ändern". Deshalb ist es besonders wichtig für uns, dass sich die Bürgerinitiativen in Stuttgart vernetzen. So kann das Engagement der EinwohnerInnen zukünftig in die kommunale Politik einfließen, denn nicht nur durch Diskussionen im Gemeinderat finden die notwendigen Veränderungen statt, sondern dadurch, dass sich die Menschen selbst



- Demokratie -

einbringen und sich direkt für ihre Belange einsetzen.

Die gewählten GemeinderätInnen des Personenbündnisses SÖS werden auf Grundlage dieses Programms arbeiten. Wir stehen auch nach der Wahl zu den Zusagen, die wir vor der Wahl machen. Wir werden auch nach der Wahl das Netzwerk sein, in dem die Entscheidungen unserer VertreterInnen diskutiert werden. Nur durch diese Zuarbeit und gemeinsame Abstimmung auf breiter und für alle EinwohnerInnen öffentlicher Basis, kann im Stuttgarter Gemeinderat eine sinnvolle Oppositionsarbeit stattfinden. Dazu fordern wir alle EinwohnerInnen Stuttgarts ausdrücklich auf.

Wir versprechen schon heute: Alle Anfragen bzw. Briefe von EinwohnerInnen oder außerparlamentarischen Initiativen an die gewählten GemeinderätInnen der Wählerinitiative S-Ö-S werden innerhalb von vier Wochen beantwortet.

Wir werden dafür eintreten, dass:

-nicht öffentliche Tagesordnungspunkte des Gemeinderats oder seiner Ausschüsse künftig im Amtsblatt angekündigt werden müssen.

-die Hauptsatzung der Stadt dahingehend geändert wird, dass zu wichtigen Angelegenheiten Bürgerentscheide möglich sind. Wir unterstützen den Bürgerantrag von Verdi, Attac und dem Landesverbund Bürgerbeteiligung e.V., der Privatisierung und Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge bürgerentscheidsfähig machen will.

-direkte Entscheidungs- und Mitwirkungsrechte bei allen wichtigen Entscheidungen und Festlegungen der Finanz-, Struktur-, Stadt- und Raumentwicklung festgeschrieben werden, z.B. durch Bürgerbeteiligung, Bürgerhaushalt (wie z. B. in Porto Alegre schon seit Jahren praktiziert) und Direktwahl des Bezirksbeirates mit mehr Befugnissen. Damit wollen wir die Verlagerung der Entscheidungen auf die Ebene der Betroffenen.

-eine von den EinwohnerInnen getragene "Lokale Agenda", als feste Bestandteile des kommunalpolitischen Beratungs- und Entscheidungsprozesses angelegt und entsprechend fortlaufend finanziell abgesichert werden. Auch stadtteilbezogen sollen lokale Agenda-Prozesse gefördert werden und runde Tische eingerichtet werden, an denen alle EinwohnerInnen teilnehmen können.

-die EinwohnerInnen das Recht auf Auskunft durch die städtischen Behörden und das Recht auf Einsicht in die entsprechenden Akten und Entscheidungen haben.

-Anfragen an die Verwaltung müssen innerhalb eines bestimmten Zeitraums beantwortet werden.

-weitere Gemeinwesenzentren in den Stadtteilen für die Nutzung durch Vereine, Organisationen und Initiativen geschaffen werden.

-unsere ausländische MitbürgerInnen die doppelte Staatsbürgerschaft beantragen



können. Kein Mensch ist illegal! Generell treten wir für das Wahlrecht ab 16 Jahren ein.

-Unsere ausländischen MitbürgerInnen mit Lebensmittelpunkt in Stuttgart das Kommunalwahlrecht erhalten

-Ein stadtweiter Jugendgemeinderats mit konkreten Mitbestimmungsrechten, Rederecht und Sitz in den gemeinderätlichen Ausschüssen, Einrichtung von Jugend- und Kinderbüros gebildet wird.

Statt Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Leasinggeschäften mit der Infrastruktur, wie Wasserleitungen oder Schulen, wollen wir, dass die öffentlichen Einrichtungen im Interesse der EinwohnerInnen demokratisch kontrolliert werden. Bildung, Erziehung, Gesundheit, und soziale Versorgung und Beratung sind keine Waren, mit denen Gewinne gemacht werden dürfen. Fragwürdige Vertragsgestaltung wie Cross-Border-Leasing lehnen wir grundsätzlich ab. Alle Bereiche der Daseinsvorsorge müssen in öffentlicher Hand bleiben bzw. wieder zurückgeholt werden. Deswegen schließen wir uns der Forderung des Wasserforums an das Stuttgarter Wasser zurück zu kaufen.

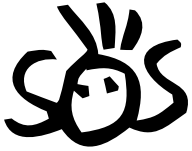
Die Realität in Stuttgart sieht leider anders aus. Reglementierungen und Repressionen nehmen ständig zu. Der gläserne Bürger nimmt langsam Gestalt an. Immer mehr Bereiche werden per Video überwacht, ohne dass damit Probleme gelöst wird. Die Videoüberwachung verstößt nach unserer Auffassung gegen das Grundgesetz.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung wird in Stuttgart immer mehr zur Farce. Die Stadt verkommt immer mehr zu Werbefläche für kommerzielle Zwecke. Flugblätterverteilen, Informationsstände Demonstrationen müssen wieder uneingeschränkt möglich sein, damit sie wieder zu Mitteln der freien Meinungsäußerung werden. Wir müssen uns den öffentlichen Raum, der uns allen gehört, wieder zurück erobern.

Als Teil dieser neuen politischen Kultur wollen wir, dass sich die Menschen die Entscheidungshoheit über ihre Zukunft aneignen, und die EinwohnerInnen Stuttgarts zur gestaltenden Kraft werden. Damit direkte Demokratie gelebt werden kann, kommt der sozialen Gerechtigkeit eine besondere Rolle zu.

3. Soziale Gerechtigkeit

Kommunalpolitik ist für uns der Versuch, gemeinsam mit allen EinwohnerInnen ein zukunftsfähiges Gemeinwesen zu schaffen. Ein Gemeinwesen, das für alle einen gleichberechtigten Zugang zu Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Kultur, Bildung, Politik und Erholung bietet. Ein Gemeinwesen, das dem Einzelnen die Möglichkeit garantiert, einen Lebenswandel zu führen, der im Einklang mit der Natur steht. Eine zukunftsfähige Kommunalpolitik ist eine Politik der sozialen Gerechtigkeit. Sie bezieht die Ausgegrenzten und die Verlierer dieser Gesellschaft wieder in die Entscheidungen mit ein. Im Gegensatz zu einer von Bereicherungs- und Machtinteressen geleiteten Politik beteiligt eine Politik von unten alle Menschen und



- Soziale Gerechtigkeit -

Interessen an der Entscheidungsfindung. Diese Ausgegrenzten und Verlierer sind es, die schon heute mit ihrer Gesundheit, mit sozialen Nachteilen und mit den schlechteren Zukunftschancen ihrer Kinder unter den Auswirkungen einer Politik zu leiden haben, in der sich jeder selbst der Nächste ist. Wir wehren uns gegen eine Politik, die durch Sozialabbau immer mehr Menschen von der gesellschaftlichen Teilhabe ausschließt. Wir gehen von der Überlegung aus, dass soziale Gerechtigkeit notwendig ist, um eine zivile Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Alle in Stuttgart lebenden Menschen sind unabhängig von ihrem sozialen Status und ihrer Herkunft rechtlich gleich zu stellen, beispielsweise hinsichtlich des kommunalen Wahlrechts. Wir fordern vom Gemeinderat sich bei den kommunalen Arbeitgebern und beim Land gegen die Arbeitszeitverlängerung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst einzusetzen.

3.1. Gesundheitsversorgung

Gesundheit ist keine Ware und darf nicht Profitinteressen unterworfen werden. Deshalb hat die Stadt Stuttgart die Aufgabe, die Gesundheitsversorgung ihrer EinwohnerInnen sicher zu stellen. Trotz ungünstiger Vorgaben, wie beispielsweise Fallpauschalen seitens der Bundesebene durch die Gesundheitsreform im Rahmen der Agenda 2010, müssen alle EinwohnerInnen optimal versorgt werden. Dazu gehört eine ausreichende Anzahl an Betten, Ärzten und Pflegekräften in den Stuttgarter Kliniken. In Wirklichkeit gibt es heute nicht zu viel, sondern zu wenig Krankenhauskapazitäten. Es gibt nicht zu viel, sondern zu wenige Ärzte und Pflegekräfte in den Krankenhäusern. Bereits jetzt gibt es Versorgungsengpässe in Krankenhäusern und im Rettungsdienst. Patienten müssen Wartezeiten bei Operationen und Krankentransport in Kauf nehmen. Und trotzdem sollen Betten reduziert und Pflegepersonal entlassen werden. Wir setzen uns für den Erhalt und den Ausbau der Arbeitsplätze in den Kliniken ein, denn wir wollen menschliche Krankenhäuser und keine Patientendurchschleusefabriken. Wir wollen für die Beschäftigten in den Krankenhäusern gute Arbeitsbedingungen, denn das wirkt sich auch wieder positiv auf die Patienten aus. Gesundheit ist Teil der Daseinsvorsorge und gehört in öffentliche Hand. Wenn sich der Bund aus seiner sozialen Verantwortung stiehlt, so erwarten wir von der Stadt Stuttgart, dass sie für ihre EinwohnerInnen eine optimale Gesundheitsversorgung zur Verfügung stellt.

Wir fordern:

- Ausbau der Krankenhausversorgung und - Kapazitäten statt Betten- und Personalabbau.
- Keine „blutenden Entlassungen“ aus dem Klinikum bzw. Kostenlose kommunale Übergangspflege.
- den Aufbau eines optimalen kommunalen Rettungsdienstes, der bei der Berufsfeuerwehr angesiedelt ist
- Umstrukturierungen nur aus medizinischen und nicht betriebswirtschaftlichen Überlegungen. z.B. Wand- an Wand-Lösung Frauen- und Kinderklinik.
- Rücknahme aller bereits durchgeführten Privatisierungen (Herzchirurgie, Wäscherei, Pforte, Reinigung) statt weiterer Privatisierungen. Wir treten ein für den Betrieb des Klinikums unter städtischer Leitung.



- Keine Verwaltung des Klinikums durch Manager. Stattdessen demokratische Verwaltung durch einen Klinikrat als rechenschaftspflichtiges Gremium, das von Beschäftigten demokratisch gewählt, kontrolliert und auch jederzeit abgewählt werden kann.
- Keine Luxusabteilungen und keine Sonderbehandlung für Privatpatienten im Klinikum.
- Sofortige Besetzung aller offenen Stellen und zusätzliche bedarfsgerechte Personalausstattung im Klinikum.
- Hände weg von den Löhnen und sozialen Leistungen der Klinikumsbeschäftigten. Der Flächentarif des öffentlichen Dienstes (BAT) muss Mindeststandard an allen Kliniken sein.
- Eine Ausbildungsquote von 10%, d.h. ca. 500 Azubis pro Ausbildungsjahr im Klinikum und garantierte Übernahme. Keine Anrechnung der Azubis auf den Stellenschlüssel der Stationen.
- Weg mit Fallpauschalen. Solange sie bestehen, bzw. solange Krankenkassen medizinisch notwendige Krankenhausbehandlungen nicht übernehmen, muss die Stadt für nicht gedeckte Behandlungskosten bzw. Defizite der Kliniken einspringen.
- Vollständige Übernahme der Zuzahlungen bei Medikamenten und Krankenhausbehandlungen durch die Stadt für Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, Studierende und alle sozial Benachteiligten.
- Kleine Polykliniken in den Stadtteilen, die die Grundversorgung sicher stellen. Von den Polykliniken aus können die Patienten bei Bedarf an zentrale Spezialkliniken zur weiteren Behandlung überwiesen werden.

3.2. Drogenpolitik

Ziel der Hilfe für Drogenabhängige muss es sein, die Beschaffungskriminalität und den kriminellen (Groß-)Handel auszuhebeln. Dies kann nur erfolgen, wenn dem illegalen Handel mit Heroin etc. durch Einführung von Fixerstuben und ärztlich kontrollierter Abgabe von Heroin oder Ersatzstoffen an Abhängige der Boden entzogen wird. Wir setzen uns für eine bessere Unterstützung auch für Entzugswillige ein.

3.3. Asyl- und Ausländerrecht

Wir wollen ein gleichberechtigtes Zusammenleben aller in Stuttgart lebenden Menschen und Kulturen.

Wir wollen die Aufhebung der Zugangssperre für Angehörige von in Stuttgart lebenden Menschen. Niemand darf auf Grund sozialer Bedürftigkeit ausgewiesen werden. Wir fordern alle Diskriminierungen für Menschen mit Migrationshintergrund zu beseitigen. Alle in Stuttgart lebenden Menschen müssen gleichberechtigt an kommunalen Entscheidungen teilnehmen können, egal ob in den Stadtbezirken oder auf Gemeindeebene. Stadtteilzentren, die offen für Angehörige aller Altersstufen und Kulturen sind, können einen erheblichen Beitrag zur Entschärfung in sozialen Problemgebieten und zur Integration leisten.



Wir wollen das Asylrecht für alle von Hunger, Folter, Verfolgung, Krieg und Bürgerkrieg etc. bedrohten Menschen, für alle Menschen, die wegen ihrer sexuellen Identität verfolgt werden, insbesondere für verfolgte Frauen. Diesen Menschen ist eine großzügige menschenwürdige Unterstützung zu gewähren. Wir lehnen ihre Unterbringung in Ghettos oder ähnlichen unwürdigen Unterkünften ab. Diese Menschen haben genauso Anspruch auf Privatsphäre und eigene Kultur, einschließlich der Entscheidung über ihre Verpflegung.

Ihren Kindern ist ein gleichberechtigter Zugang zu Bildung zu gewähren.

Wir sehen, dass diese Fragen nicht nur auf kommunaler Ebene zu lösen sind. Deshalb fordern wir vom Gemeinderat sich bei dem Gesetzgeber für eine Änderung des unmenschlichen Asylrechts einzusetzen. Kein Mensch ist illegal.

3.4. Lernen und Bildung

Die Gestaltung der Lehrpläne zur Erziehung und Bildung selbstbestimmter und verantwortungsbewusster Menschen kann nur ohne Einfluss der Wirtschaft erfolgreich sein. Deswegen sollen allgemein bildende Schulen mehr Autonomie bei der Gestaltung ihres Profils und ihrer Lerninhalte erhalten, wobei diese von Schülern, Eltern und Lehrern gemeinsam zu erarbeiten sind. Die Bildung muss stärker projektbezogen und fächerübergreifend werden, damit der Unterricht nicht nur der Wissensanhäufung, sondern auch dem praktischen und vernetzten Lernen dient. Wir fordern ein zukunftsfähiges Konzept für die schulische Bildung, dabei müssen Ganztagschulen eine elementare Rolle spielen. Deshalb müssen Ganztageschulen mit Mittagessen und pädagogisch betreutem Freizeitprogramm flächendeckend zügig ausgebaut werden. Das Konzept für eine unterstützende pädagogische Betreuung muss das Ziel haben, alle Kinder so zu fördern, damit alle Kinder zumindest einen Hauptschulabschluss erreichen. Besondere Fähigkeiten (technisch, sportlich, musisch etc.) von Kindern und Jugendlichen müssen erkannt, gestärkt und unterstützt werden.

In den Stadtteilen mit einem hohen Migrationshintergrund muss auch muttersprachlicher Unterricht angeboten werden.

Dieses Konzept benötigt mehr ErzieherInnen und SozialpädagogInnen an unseren Schulen, auch damit könnten zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen werden.

3.5. Kultur

Kultur ist für uns wie der ganze Mensch lebt. Kulturförderung darf nicht allein der Befriedigung der Bedürfnisse der gut verdienenden Menschen in Stuttgart dienen. Was verstärkt gebraucht wird, ist nicht die Förderung von Großeinrichtungen wie Musical Halls oder Großveranstaltungen wie Weltmeisterschaften oder Olympia, sondern die Förderung von Einrichtungen für alle Gruppen der Bevölkerung.

Kultur ist für uns auch die Kommunikation von Mensch zu Mensch unabhängig davon ob sie im sozialen, politischen oder künstlerischen Raum stattfindet. Durch Witz, Ironie und Reflexion werden die jetzigen Verhältnisse zum Tanzen gebracht und die Gesellschaft als Gemeinschaft erfahrbar.



Daraus folgt ihre herausragende Stellung für ein soziales und friedliches Miteinander der Menschen. Dieser Stellung muss auch durch die Möglichkeit einer Ressort übergreifenden Finanzierung Rechnung getragen werden. Kulturtreibende sollen nicht zu Managern und Lobbyisten werden, die gegeneinander in einen wirtschaftlichen Wettkampf um finanzielle Mittel treten müssen. Kultur braucht Freiraum für den freien Wettstreit kreativer Ideen. Kultur ist keine Ware. Die Vielfalt der Theaterszene ist zu erhalten. Neben dem Großbetrieb Staatstheater müssen auch die Kleintheater so gefördert werden, dass ihre Existenz dauerhaft gesichert ist. Das gilt gleichermaßen für Museen und Galerien.

Kultur zu genießen ist das eine, Freiraum zur Verwirklichung eigener Kreativität nutzen zu können, ist das andere. Die kulturellen Einrichtungen müssen allen Menschen, vor allem allen Kindern zugänglich sein. Alle Einrichtungen, Bestrebungen und Eigeninitiativen, die die soziale und kulturelle Begegnung auf Stadtteilebene fördern und vertiefen, sind vorrangig zu unterstützen.

Deswegen wollen wir statt teurer Events und Millionen für Großprojekte dezentrale Einrichtungen zum Lernen, Einrichtungen der Bildung, der kulturellen und sportlichen Betätigung. Die soziale Integration Jugendlicher wird durch die Verbindung von Sport und Kultur gefördert.

Die Förderung von frei zugänglichen Sporthallen und Sportplätzen "für jedermann" muss verstärkt werden. Die Subventionierung des Profisports muss zugunsten der Förderung des freien Freizeit- und Breitensports zurückgenommen werden.

Es sind Fördergruppen für Kinder einzurichten, welche die deutsche Sprache nicht oder nicht ausreichend beherrschen.

Städtisches Geld darf nicht in den Ausbau von Schnellstraßen und Parkplätzen fließen, sondern muss zum Ausbau von Spielstraßen und Spielplätzen verwendet werden.

4. Frauen

Den Frauen die Hälfte der Stadt: Frauen und Männer wollen gleiche Lebenschancen haben. Beide sollen Erwerbsarbeit und Familienarbeit, Weiterbildung, politisches und soziales Engagement, sportliche und kulturelle Tätigkeiten miteinander vereinbaren können.

Statt unverbindlicher individueller Chancengleichheit wollen wir echte materielle, soziale und kulturelle Gleichberechtigung von Frauen im Berufs- und Alltagsleben. Frauen dürfen nicht in Billigjobs und in die Zuverdienerrolle abgedrängt werden. Um Frauen stärker ins öffentliche Leben einzubinden, sind Fördermaßnahmen notwendig:

- Wir setzen uns für Frauenförderpläne in der öffentlichen Verwaltung ein. Sie sind ein Hilfsmittel, um die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Positionen in einer kommunalen Verwaltung durchzusetzen.



- Frauen -

- Das Angebot an qualifiziertem und bedarfsgerechtem Betreuungsangebot in Kindertagesstätten und Ganztageseschulen in Wohnortnähe muss verbessert und Ausgeweitet werden. Die Kinderbetreuung im Vorschulalter ist Teil des Bildungssystems und muss von der Stadt kostenlos zur Verfügung gestellt werden.
- In der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst müssen mehr existenzsichernde Arbeitszeitsmodelle angeboten werden, damit sich sowohl Väter als auch Mütter für eine gleichberechtigte Kinderbetreuung entscheiden können.
- Wir setzen uns für die Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus ein. Nur so ist erschwinglicher Wohnraum für Kinderreiche, Alleinerziehende und Geringverdienende zu schaffen
- Wir werden in allen Fragen der Kommunalpolitik dafür sorgen, dass der Sachverstand der Frauen in die Entscheidungen des Gemeinderates einbezogen wird. Frauen sehen aus ihrem konkreten Alltagsleben viele Mängel und Probleme anders und deutlicher als manche Fachleute.
- Wir werden darauf achten, dass soziales Engagement von Frauen nicht weiter missbraucht wird. So wichtig ehrenamtliche Tätigkeit im sozialen und politischen Bereich ist, soll sie Frauen nicht als Berufersatz schmackhaft gemacht werden. Ehrenamtliches Engagement darf nicht kostensparender Ersatz für sozialstaatliche Leistungen sein. Ehrenamtliche Tätigkeit darf nicht dazu führen, das Angebot an Arbeitsplätzen im sozialen Bereich weiter abzubauen.
- Über Schwangerschaft oder Abtreibung müssen Frauen selbst entscheiden können. Frauen, die sich für die Abtreibung entscheiden, werden wir jede erdenkliche Hilfe und Unterstützung gewähren.

Der Stabsstelle für individuelle Chancengleichheit von Frauen und Männern in Stuttgart kommt dabei eine wichtige Funktion zu. Sie hat die Aufgaben:

- Vernetzung von Fraueninitiativen und -gruppen
- Förderung von frauenpolitischem Bewusstsein und Aktivitäten
- Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
- Herstellung von Chancengleichheit im Beruf
- Schaffung von Frauenarbeitsplätzen
- Unterstützung von Existenzgründerinnen
- Entgegenwirken jeglicher Gewalt gegen Frauen und Mädchen
- Einsatz und Sensibilisierung gegen die Benachteiligung von Migrantinnen
- Ausbau von Beratungsangeboten
- Chancengleichheit in der Gesundheitsvorsorge und Fürsorge

Damit die Stabsstelle diese Aufgaben erfüllen kann, muss sie mit einem ausreichenden Budget ausgestattet werden. Nur so können die Lebens und Arbeitssituationen von Frauen verbessert werden.



- Jugend -

5. Jugend

Der Wandel zu einer sozial gerechten und ökologisch verantwortlichen Entwicklung ist im Kern eine kulturelle Aufgabe und stellt eine Herausforderung an die gesamte Gesellschaft dar. Ein zukunftsfähiges Konzept benötigt gerade auch das Engagement der Jugend. Langfristig können Jugendliche aber nur dann für eine aktive Teilnahme am sozialen, kulturellen und politischen Leben gewonnen werden, wenn sie mit ihren Anliegen auch Ernst genommen werden. Dazu gehört, dass die Erwachsenen die Jugend an diese Themen heranzuführen. Der beste Weg dahin sind Mitbestimmungsrechte. Nur so können die Jugendlichen Verantwortung lernen. Zwar gibt es in den Schulen und auch in Jugendgemeinderäten eine formale Beteiligung, aber eine echte Mitbestimmung fehlt.

Wir fordern:

- reale Mitbestimmungsrechte für die Schülermitverwaltung (SMV) an den Schulen, wie beispielsweise bei Projekten, den Finanzen und bei der baulichen Gestaltung.
- Mitbestimmungsrechte eines stadtweiten Jugendgemeinderats bei Entscheidungen im Gemeinderat.

Zentraler Lebensbereich von Jugendlichen ist neben Familie und Freundeskreis die Schule. Die Schulen sind neben den Jugendhäusern die Orte, an denen sich Jugendliche aus verschiedenen sozialen und kulturellen Milieus miteinander austauschen und sich so in die Gesellschaft integrieren.

Wir fordern:

- Schulhöfe müssen öffentlich zugängliche Sport- und Spielplätze sein. Die Schule muss auch nach Schulschluss als Treffpunkt der Jugendlichen offen bleiben und als Stadtteilzentrum zur Begegnung von Kulturen und Generationen nutzbar gemacht werden.
- eine enge Vernetzung der Schulen mit Jugendeinrichtungen und den örtlichen Kultureinrichtungen.
- Jugendeinrichtungen und Schulen müssen gut an das Netz des ÖPNV und an Radwege angeschlossen werden.
- Das Abenteuer- und Spielplatzangebot muss ausgebaut werden.
- Mehr Jugendhäuser in Selbstverwaltung.
- von der Stadtverwaltung den Erhalt der Oberen Weinsteige 9 für den Jugendhausclub Degerloch (JHCD). Dieses seit über 30 Jahren existierende selbstverwaltete Jugendzentrum darf nicht zerstört werden. Es gehört zu Degerloch, dort wohnen der größte Teil der Mitglieder und BesucherInnen.
- Bibliotheken, Museen und Galerien müssen für Jugendliche kostenlos sein.



- Stuttgart 21 -

6. Stuttgart 21

Das Projekt Stuttgart 21 mit dem Tiefbahnhof ist von Anfang an ohne demokratische Beteiligung der EinwohnerInnen Stuttgarts geplant, entschieden und so die Planung bis heute durchgezogen worden. Zum Prestige- und Schicksalsprojekt Baden-Württembergs und der Landeshauptstadt erklärt, wurde es der sachlichen, öffentlichen Diskussion sofort entzogen. Über die Konsequenzen einer Realisierung bewahren nicht nur die befürwortenden PolitikerInnen, sondern auch die örtliche Presse Stillschweigen:

- Rückbau der Kapazitäten des Bahnknoten Stuttgarts,
- endgültige Verabschiedung von der Einrichtung eines Integriertentaktfahrplan (ITF)-Vollknotens für Stuttgart,
- keinerlei Fahrzeitverkürzung,
- Kostensteigerungen bis 4 Mrd. Euro
- Verschuldung der Stadt, des Landes und des Bundes durch immense Subventionierung dieses ursprünglich als Selbstläufer bezeichneten Projektes,
- Gefährdung des zweitgrößten Mineralwasservorkommens Mitteleuropas,
- unvermeidbare Eingriffe in den Schloßgarten (Mittlere Anlagen) und in das Eigentum von Bürgern,
- städtebauliche Verödung in den neuen Stadtquartieren,
- Gefährdung des Einzelhandels in Stuttgart durch Verdrängungswettbewerb etc..

Von den Umwelt- und Verkehrsverbänden und der Initiative "Leben in Stuttgart - Kein Stuttgart 21", ist schon vor neun Jahren (!) der Vorschlag für eine sog. Beibehaltungsalternative (d.h. der Kopfbahnhof wird beibehalten) zu Stuttgart 21 erarbeitet worden: Eine Alternative ohne oder mit nur wenigen Eingriffen in Umwelt, Mineralwasser und Eigentum. Diesem hat die Bahn die gleiche Leistungsfähigkeit wie bei Stuttgart 21 attestiert. Mittlerweile haben die Autoren dieser Beibehaltungsalternative ihren Vorschlag vertieft und eine Variante Kopfbahnhof 21 vorgeschlagen, die den Bahnknoten Stuttgart für die nächsten Jahrzehnte wesentlich leistungsfähiger ausbaut, als es Stuttgart 21 je sein wird. Dieser Vorschlag wird mit 305 Mio. Euro veranschlagt, also gerade mal ein Zehntel der Kosten von Stuttgart 21

Unabhängig davon, ob Stuttgart 21 jemals gebaut werden wird:

- Die Landeshauptstadt hat schon ca. 18 Mio. Euro für Stuttgart 21 in den Sand gesetzt und fast das gesamte Gelände gekauft (außer A1). Dafür wendet sie jährlich mehr als 30 Mio. Euro für den Kapitaldienst auf.
- Die Landesregierung hat ohne Ausschreibung den baden-württembergischen Regionalverkehr für 10 Jahre an die DB Regio vergeben und ihr zudem 102 Mio. Euro für neue Wagen und Zugwagen geschenkt - alles, damit die Bahn Stuttgart 21 nicht fallen lässt. Dafür hat sie nun zwar nicht Stuttgart 21, aber die EU-Kommission am Hals.
- Die Bahn wird am Ende der Planungen ca. 350 Mio. Euro umsonst ausgegeben haben. Wie politisch gewollt, hat sie nie Alternativen eingeplant hätte diese aber schon für das gleich Geld realisieren könne.

Wir fordern:

- Schluss mit dem Planfeststellungsverfahren, Bereitstellung von Mitteln für die Alternativplanung auf der Grundlage der Vorschläge der Umwelt- und Verkehrsverbände und der Initiative "Leben in Stuttgart - Kein Stuttgart 21"
- Überarbeitung der Bauleitplanung

7. Finanzierung

Sicherlich wird sich nun mancheR fragen, wie das alles finanziert werden soll, wo es doch schon heute immer heißt, die Kassen seien leer. Wir müssen auch über neue Finanzierungsmöglichkeiten nachdenken. Gerade die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe erfordert eine Reaktion. Wir fordern die Rücknahme von Hartz IV. Die Arbeitslosenversicherung muss weiterhin für die Arbeitslosenhilfe aufkommen.

Wir treten für den Erhalt der Gewerbesteuer ein, die von allen Unternehmen auch von Freiberuflern (dies fordert im Übrigen auch der deutsche Städtetag) bezahlt werden muss. Dann muss die Verteilung des Reichtums in unserer Gesellschaft wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden. In den letzten Jahren hat eine drastische Umverteilung von unten nach oben stattgefunden. Global Players wie z.B. Daimler Chrysler bezahlen über Jahre keine Gewerbesteuer an die Stadt Stuttgart, nutzen aber alle Leistungen und Infrastruktur. Wer mehr hat, muss auch wieder mehr zur Bewältigung der gesellschaftlichen Aufgaben beitragen; das gilt auch für Privatpersonen. Mit einer an ökologischen Kriterien ausgerichteten Grundsteuer könnten zum einen Einnahmen für die Stadt und zum anderen ein sparsamer Umgang mit Grund und Boden erreicht werden. Bei unsinnigen Prunk- und Prestigeprojekten ließe sich sehr viel einsparen (z.B. Olympiabewerbung 12 Mio. Euro , Stuttgart 21 18 Mio. Euro, allein für die Planung und ca 400 Mio. Euro für Grundstückskäufe, Großsporthalle 42 Mio. Euro)

Eine Gebührenerhöhung für städtische Dienstleistungen zur Stopfung städtischer Haushaltslöcher lehnen wir ab.

8. Wer wir sind

Neu für Stuttgart ist unser Erfolg außerparlamentarisch aktive EinwohnerInnen aus Stuttgart zusammen zu führen und zu vernetzen. Unsere KandidatInnen kommen aus Umweltverbänden und -initiativen, aus "Leben in Stuttgart - Kein Stuttgart 21", "attac", Gewerkschaften, "Lokale Agenda", "Soziales Netz", "Wasserforum", "Italia dei Valori - Lista di Pietro" und der griechischen Gemeinde. Zur letzten Kommunalwahl traten drei Listen ("Europäische Demokratische Liste", "Parteilos Glücklich" und "ökologisch demokratische Partei") noch getrennt an, hätten aber gemeinsam (mit über 330000 Stimmen) 2 sichere Mandate geholt. Nun haben wir uns alle zu einem lebendigen und parteiübergreifenden Personenbündnis für die Kommunalwahl zusammengeschlossen.



Unsere KandidatInnen:

1. Rockenbauch, Hannes, 23 Jahre, West, Physikstudent, von der Initiative "Parteilos Glücklich" (Kommunalwahl 1999). Ehemaliger Sprecher des Arbeitskreises Jugend der so genannten Bürgerbeteiligung zu Stuttgart 21 und ehem. Jugendrat im Stuttgarter Osten.
2. Lepple, Ingrid, 46 Jahre, Rohracker, gelernte Physik- und Sportlehrerin, studierte Betriebswirtin, inzwischen als Controllerin und Betriebsrätin tätig. Insbesondere die Verteidigung des sozialen Netzes und die Belange der Frauen werden ihr Thema sein; aktiv bei IG Metall und im "sozialen Netzwerk Stuttgart" (soNet).
3. Scheerer, Gerhart, 65 Jahre, Vaihingen, Oberlandwirtschaftsrat a. D. u. Alt-Stadtrat von '94-'99 der ödp. Er gilt als Generalist mit vielseitigem Interesse und Engagement, hauptsächlich im ökologischen Bereich (Verkehr, Stadtplanung, Energie und Klimaschutz).
4. Scinardo Alesi, Rita, 48 Jahre, Ost, von der Bewegung "Italia di Valori - Lista di Pietro", die sich als italienische Mutter vor allem für die doppelte Staatsbürgerschaft einsetzt.
5. Dr. Karras, Konstantin, 59 Jahre, Degerloch, wissenschaftlicher Angestellter im Landwirtschaftsministerium mit Lehrauftrag an der Universität Hohenheim, der als griechischer EU-Bürger im internationalen Ausschuss der Stadt Stuttgart tätig ist. Er setzt sich ein für die Integration der hier lebenden Menschen, die Stuttgart als Lebensmittelpunkt haben.
6. Tsakalidou, Maria, 45 Jahre, Kosmetikerin, Weilimdorf
7. Laube, Dieter, 43 Jahre, System-Administrator, Bad Cannstatt
8. Pels-Leusden, Iris, 51 Jahre, Dipl.-Kunst-Therapeutin (FH), Ost
9. Vittorio, Pasquale, 40 Jahre, Selbständiger Kaufmann, West
10. Müller-Bertrand, Monika, 42 Jahre, Technikerin und Betriebsrätin, Bad Cannstatt
11. Donnini, Gian Paolo, 66 Jahre, Kaufmann, West
12. Dieringer, Marion, 41 Jahre, Sonderschullehrerin, Weilimdorf
13. Walter, Harald, 43 Jahre, Technischer Sachbearbeiter, Mühlhausen
14. Papadopoulou, Maria, 43 Jahre, Pflegehelferin, Mitte
15. Arit, Michael, 33 Jahre, Kunst- und Bauschlosser, Freiberg
16. Koch, Gabriele, 52 Jahre, Ingenieur-Assistentin, Nord
17. Dr. Steinbach, Wolfgang, 67 Jahre, Dipl.-Ing., Zuffenhausen
18. Henzler, Waltraud, 58 Jahre, Industrie-Kauffrau, Bad Cannstatt
19. Drenkhan, Fabian, 21 Jahre, Student, Obertürkheim
20. Pfisterer, Christine, Dipl.-Betriebswirtin, West
21. Büttner, Werner, 54 Jahre, Dipl.-Ing., Kaltental
22. Kostidou, Parthena, 56 Jahre, Hausfrau, Bad Cannstatt
23. Toro, Carmelo, 49 Jahre, Einzelhandels-Kaufmann, West
24. Kiefer, Herta, 48 Jahre, Hausfrau, Zuffenhausen
25. Grytz, Waldemar, 54 Jahre, Grafiker, Botnang
26. Tsoutsis, Panagiota, 51 Jahre, Hausfrau, Ost
27. Ocker, Peter, 31 Jahre, Dipl.-Ing. (FH), Süd
28. Hannsmann, Iris, 31 Jahre, Studentin, Untertürkheim
29. Friess, Walter, 50 Jahre, Entwicklungsingenieur, Sonnenberg
30. Klein, Günther, 49 Jahre, Elektrotechnischer Assistent, Feuerbach
31. Musano, Michele, 42 Jahre, Arbeiter, Birkach
32. Kleinwächter, Monika, 49 Jahre, Hausfrau, Rohracker
33. Landsberger, Antonio, 23 Jahre, Student, Ost
34. Kuppermann, Hans, 74 Jahre, Rentner, Bad Cannstatt
35. Zito, Pasquale, 30 Jahre, Kellner, Mitte
36. Luthardt-Fremd, Regina, 61 Jahre, Hausfrau, Vaihingen
37. Beck, Harald, 34 Jahre, Entwicklungsingenieur und Betriebsrat, Nord
38. Dziobek, Martina, 37 Jahre, Dipl.-Bibliothekarin (FH), Möhringen
39. Klein, Markus, 37 Jahre, Maler und Lackierer, Bad Cannstatt
40. Henzler, Kurt, 59 Jahre, Industrie-Kaufmann, Bad Cannstatt
41. Neuer, Ulrich, 54 Jahre, Selbständiger Friseurmeister, Nord
42. von Haefen, Anna, 43 Jahre, Gemeindereferentin, Degerloch
43. Di Frisco, Innocenzo, 32 Jahre, Kaufm. Angestellter, Weilimdorf
44. Wagner, Josef, 36 Jahre, Mathematiker, Zuffenhausen
45. Rettstatt, Marco, 31 Jahre, Journalist, Bad Cannstatt
46. Kuppermann, Helga, 61 Jahre, Hausfrau, Bad Cannstatt
47. Napolitano, Carmine, 31 Jahre, Selbständiger Kaufmann, Süd
48. del Mastro, Anna, 30 Jahre, Hausfrau, Bad Cannstatt
49. Peppel-Kumkar, Karlheinz, 48 Jahre, Elektronik-Ingenieur, Bad Cannstatt
50. Mutter, Christel, 47 Jahre, Programmiererin, Ost
51. Dr. Edelböck, Wolfgang, 55 Jahre, Dipl.-Chemiker, Möhringen
52. Ruoff, Kai, 34 Jahre, Steuerfach-Angestellter, Burgholzof
53. Prisco, Antonio, 59 Jahre, Vermögensberater, Zuffenhausen
54. Fridrich, Jürgen, 39 Jahre, Dipl.-Physiker, Rohr
55. Derrez, Martin, 40 Jahre, Lehrer, Bad Cannstatt
56. Geiler, Clemens, 46 Jahre, Bibliothekar, West
57. Iovino, Vincenzo, 44 Jahre, Maler, Gablenberg
58. Giese, Matthias, 42 Jahre, Lehrer für Pflegeberufe, Süd
59. Huttenlocher, Brigitte, 56 Jahre, Erzieherin, Süd
60. Rauschenberger, Johannes, 53 Jahre, Dipl.-Kaufmann, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Süd

Unterstützen Sie uns:
Spenden sind steuerlich abzugsfähig

S-Ö-S - Stuttgart Ökologisch Sozial
Kontonummer: 68 998 700
BLZ: 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank eG

V.i.S.d.P.: Hannes Rockenbauch, Gausstraße 61, 70193 Stuttgart

www.s-oe-s.de

info@s-oe-s.de